



KREIS SOEST
Der Landrat

ARCHIV
DES LANDTAGES
NORDRHEIN-WESTFALEN
A 0406

Dienstgebäude
Hoher Weg 1 - 3
Parkplatz am Hause

Fernruf (02921) 309
Telefax (02921) 30 2945

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Soest, 21. Dezember 1999

Dienststelle: **Fachbereich 1**
1.1 Zentrale Dienste
Geschäftsstelle Kreistag

Auskunft: **Herr Luig**
Durchwahl-Nr.: **(02921) 302300**
Zimmer: **1074**

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Meine Nachricht vom

Mein Zeichen
1.1.4

Sehr geehrter Herr Schmidt,

anliegend übersende ich Ihnen die am 16. Dezember 1999 vom Kreistag beschlossene Resolution des Kreises Soest an den Landtag NRW und den Herrn Ministerpräsidenten mit der Bitte, der Verstaatlichung der Straßenbauverwaltung in der bisher geplanten Form nicht zuzustimmen.

Mit freundlichem Gruß

Wilhelm Riebniger
Landrat



Anlage

KREIS SOEST



Soest, 16.12.1999

Resolution

**an den Ministerpräsidenten des Landes NRW, die Landtagsfraktionen
und den Landkreistag NRW**

Der Kreistag des Kreises Soest setzt sich nachdrücklich für den Verbleib der Straßenbauverwaltung als übergeordnete Aufgabe in kommunaler Trägerschaft ein.

Bewährte und effektive Strukturen sowie insbesondere die kommunale Mitbestimmung beim Straßenbau und Betriebsdienst sollten im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger erhalten sowie möglichst noch verstärkt werden.

Die zur Zeit seitens der Landesregierung beabsichtigte Verstaatlichung der Straßenbauverwaltung und die Zuständigkeitsverlagerung für den Bereich Westfalen-Lippe an das geplante Regionale Dienstleistungszentrum in Münster brächte keine nennenswerten Vorteile.

Eine solche, gegen die Interessen der Kommunen gerichtete Maßnahme hätte dagegen für die Steuerzahler und Verkehrsteilnehmer folgende Nachteile und Risiken zur Folge:

- Zusätzliche Belastung des Landeshaushaltes NRW durch:
 - Entschädigung des Vermögens und der Einrichtungen der Landschaftsverbände durch das Land NRW in Höhe von mindestens 600 Millionen DM
 - Finanzierung der bisher durch die Kommunen ausgeglichenen Unterdeckung beim Straßenbau von jährlich mehr als 300 Millionen DM sowie der sogenannten Overheadkosten von jährlich über 100.000 DM durch das Land NRW
 - Übernahme von Ausgleichszahlungen und Beiträgen für Pensionslasten
- Verschlechterung der Qualitätsstandards im Straßenbau und in der Straßenunterhaltung
- Arbeitsplatzabbau und Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse sowie Einkommensverluste bei den 309 Beschäftigten der Straßenbauverwaltung im Kreis Soest

Die Verstaatlichung der Straßenbauverwaltung sollte daher in der bisher geplanten Form nicht weiter verfolgt werden.

Der Kreistag

Riebinger
Landrat